

I-9.352/6

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 6

**Österreichs Wirtschaft im
Übergang von der
Stabilisierung zur Expansion**

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1953

Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion

von

Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Herausgeber

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Wien 1953

Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich:
Dr. Franz Nemschak. Alle: Wien, I, Wipplingerstraße 34.

Auslieferung durch die Verlagsbuchhandlung der Carl Ueberreuterschen Buchdruckerei und
Schriftgießerei, Wien, IX, Alser Straße 24.

Druck von Carl Ueberreuter in Wien

Gliederung

	Seite
Erfolgreiche Stabilisierung im Jahre 1952	6
Rückschläge in Produktion und Beschäftigung	7
Expansion — Ziel der Wirtschaftspolitik	8
Merkmale einer expansiven Wirtschaft	9
Hohe Beschäftigung	10
Ständige Steigerung der Produktivität	10
Hauptprobleme einer aktiven Beschäftigungspolitik	12
Das theoretische Modell der modernen Beschäftigungspolitik	12
Wichtige Bedingungen für den praktischen Erfolg	13
Verzicht auf Ausnützung wirtschaftlicher Machtstellungen	13
Umschichtung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur	15
Bedachtnahme auf die Zahlungsbilanz	16
Voraussetzungen für ein kontinuierliches Steigen der Produktivität	19
Hoher Stand der Beschäftigung	19
Stabile Währung	23
Eingliederung in den europäischen Markt	24

Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion

von

Dr. Franz Nemschak

Vortrag, gehalten in der Ordentlichen Vollversammlung der Vereinigung Österreichischer Industrieller am 15. April 1953 in Wien (Brahmssaal, Musikvereinsgebäude)

Meine Damen und Herren!

Österreichs Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einer Phase des Übergangs von der Stabilisierung zu einer neuen Expansion. Die Bemühungen, neue Arbeitsplätze, insbesondere für die Jugend, zu schaffen, die ersten Schritte zur Belebung des Kapitalmarktes, die Vorbereitung wichtiger Steuergesetze, Bestrebungen zur Entnivellierung der Löhne und Gehälter in Wirtschaft und Verwaltung, verschiedene Exportförderungsmaßnahmen, alles das soll der Expansion der Wirtschaft dienen.

Mein Vortrag wird sich mit diesen aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen nur am Rande befassen. In der Hauptsache wird er die grundlegenden Voraussetzungen und Hauptprobleme einer auf Expansion zielenden Wirtschaftspolitik behandeln. Der Ausgangspunkt meiner Darstellung ist die erfolgreiche Stabilisierung im Jahre 1952.

Erfolgreiche Stabilisierung im Jahre 1952

1952 wird als das Jahr der Stabilisierung in die Geschichte der österreichischen Wirtschaft eingehen. Im siebenten Jahr nach Kriegsende ist es gelungen, die Währung zu stabilisieren. Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten gingen vom Mitte Dezember 1951 bis Mitte Dezember 1952 um 6,4% und 1% zurück. Die Baukosten sanken um 1,7%, die Aktienkurse um 15,9% und die schwarzen Devisenkurse um 14,8%. Die Löhne blieben im ganzen unverändert. Vorher waren Preise und Löhne jährlich durchschnittlich um 30 bis 40% gestiegen.

Mit der Stabilisierung des Geldwertes stieg in allen Wirtschaftskreisen das Bedürfnis nach Barreserven. Händler und Produzenten sahen sich gezwungen, überhöhte Lager abzubauen. Inflationistisch aufgeblähte Gewinnspannen wurden reduziert, die Konkurrenz um die Absatzmärkte verschärfte sich und Unternehmer und Arbeiter wurden wieder zu höheren Leistungen angespornt. Auch das Geldsparen wurde wieder aktuell. Im Jahre 1952 wurden bei den österreichischen Kreditinstituten über 1 Mrd. S Ersparnisse eingelegt, gegen nur 77 Mill. im Jahre 1951. Von Jänner bis Dezember 1952 erhöhte sich der Gold- und Devisenbestand der Österreichischen Nationalbank von 530 Mill. S auf 2¼ Mrd. S; er vervierfachte sich also ungefähr. Diese Tendenz sinkender Preise und Kurse, erhöhter Spareinlagen und wachsender Gold- und Devisenbestände hält bisher auch im Jahre 1953 an.

Der Einfuhrüberschuß, der im Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahres 1952 noch 435 Mill. S betragen hatte, war im 2. Halbjahr 1952 auf einen Bruchteil geschrumpft. In der kommerziellen Außenhandelsbilanz (Einfuhr ohne ERP) gab es einige Monate hindurch sogar Überschüsse. In der Europäischen Zahlungsunion schloß Österreich das Jahr 1952 mit einem Überschuß von 22 Mill. \$ ab. Faßt man Waren- und Dienstleistungsverkehr zusammen, dann betrug im Jahre 1952 das Defizit der laufenden Zahlungsbilanz nur noch 100 Mill. \$, gegen 176 Mill. \$ im Jahre 1951.

Rückschläge in Produktion und Beschäftigung

Im Übergang von der Inflation zur Stabilisierung verändern sich Gewinnbildung, Einkommensverteilung und mit ihnen Angebots- und Nachfragestruktur. Die in der Inflation erzielten hohen Gewinne entpuppen sich vielfach als Scheingewinne und hinter der Vollbeschäftigung wird oft eine strukturelle Arbeitslosigkeit sichtbar. Da sich Anpassungen in der Wirtschaft nicht von heute auf morgen vollziehen, war es unvermeidlich, daß der erfolgreiche Kampf gegen die Inflation im Jahre 1952 von *Rückschlägen in Produktion und Beschäftigung* und in weiterer Folge auch von einem *Schrumpfen des Außenhandels* begleitet war. Während die Industrieproduktion im Jahre 1951 noch um 14% gesteigert werden konnte, war sie im Jahre 1952 nur noch um 1% höher als im Vorjahre. Zieht man auch die Ergebnisse der Land- und Forstwirtschaft, der Bauwirtschaft, des Fremdenverkehrs, die Leistungen der Bundesbahnen und die Einzelhandelsumsätze in Betracht, dann dürfte das österreichische Sozialprodukt, das in den Jahren 1950 und 1951 noch um 8% und 6% gewachsen war, im Jahre 1952 nur knapp den Vorjahresstand erreicht haben.

Bekanntlich hat das Stagnieren der Produktion auch auf den *Arbeitsmarkt* empfindliche Rückwirkungen. Im Tiefpunkt der Wintersaison, der heuer bereits Ende Jänner erreicht wurde, waren 285.000 Stellensuchende vorgemerkt, um 70.000 mehr als im Tiefpunkt vorigen Jahres (Ende Februar). Ende März waren nur noch um 38.000 mehr Arbeitslose vorgemerkt als im Vorjahr. Ein gewisser Stabilisierungsschock mußte wohl in Kauf genommen werden. Das Abstoppen einer jahrelang schwelenden Inflation konnte nicht ohne Folgen auf die Beschäftigung bleiben.

Man mag das Mehr an Arbeitslosigkeit an der Jahreswende 1952/53 als einen nicht zu hohen Preis für die Währungsstabilisierung betrachten. Sicher aber sind 285.000 vorgemerkte Stellensuchende im Winter und eine Arbeitslosenquote¹⁾ von 8% im Jahresdurchschnitt,

¹⁾ „Rate der Arbeitslosigkeit“ ist das Verhältnis der Zahl der Arbeitslosen zur Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte (unselbständig Beschäftigte plus Stellensuchende). In

wie 1952, auf die Dauer zuviel und für die weitere Entwicklung der Wirtschaft nicht ungefährlich. Es wäre jedoch oberflächlich, die starke Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter lediglich als eine Folge der Geldwertstabilisierung zu betrachten. Tatsächlich waren bereits in den beiden letzten Inflationsjahren, im Winter 1950/51 nicht weniger als 221.000, und im Winter 1951/52 215.000 Stellensuchende vorgemerkt. *Die relativ hohe durchschnittliche Rate der Arbeitslosigkeit von 6% im Inflationsjahr deutet auf innere Spannungen hin, die durch die Stabilisierung nicht erst geschaffen, sondern nur aufgedeckt wurden.*

Die Schwächung der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1952 muß im übrigen *vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung* beurteilt werden. Dem kürzlich veröffentlichten Bericht der UNO über die Weltwirtschaft zufolge hatte die auch in anderen vom Krieg betroffenen Ländern ratsam gewordene Antiinflationpolitik überall einen Rückschlag verursacht: die Industrieproduktion war in diesen Ländern in den ersten 9 Monaten 1952 nur noch um 2% höher als in der korrespondierenden Periode des Jahres 1951, in der sie noch um 13 bis 14% gewachsen war. Und ebenso war der Welthandel im Jahre 1952 etwas niedriger als im Jahre 1951.

Expansion — Ziel der Wirtschaftspolitik

Ich möchte in meinem Vortrage zeigen, daß die Sicherung einer hohen Beschäftigung — einer hohen Beschäftigung, nicht einer doktrinären „Vollbeschäftigung“ — und eine zielbewußte Steigerung der Produktivität gleich wichtige und durchaus vereinbare Ziele einer auf Expansion gerichteten Wirtschaftspolitik sind. Ja noch viel mehr:

Jede auf hohe Beschäftigung zielende Wirtschaftspolitik erreicht ihr Ziel nur, wenn sie gleichzeitig alles daransetzt, auch die Produktivität zu steigern.

Österreich waren im Jahre 1952 durchschnittlich 158 000 Stellensuchende vorgemerkt und 1,939.000 unselbständige Erwerbspersonen beschäftigt.

Merkmale einer expansiven Wirtschaft

Zunächst: Was ist unter „Expansion“ zu verstehen? *Eine Volkswirtschaft ist „expansiv“, wenn ihr Sozialprodukt stetig wächst.* Diese Ausweitung des Güter- und Leistungsstromes ist auf die Dauer tatsächlich der einzige Weg, den Lebensstandard eines Volkes zu heben, dringende Gemeinschaftsbedürfnisse zu befriedigen, für Alte, Kranke und Invalide vorzusorgen, Kunst und Wissenschaft zu pflegen, den Menschen Muße und Mittel für die Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu geben und schließlich die Kapitalausstattung der Wirtschaft (dank umfangreichen Investitionen) ständig zu verbessern.

Die Betonung bei der Definition einer gesunden Expansion liegt auf dem Wörtchen *stetig*. Auch im Fieber der Inflation können, wie wir wissen, Produktion und Beschäftigung steigen und ein relativ hohes Niveau erreichen. Aber diese Expansion bringt nur Scheinblüten hervor, sie treibt die Wirtschaft früher oder später in einen Kollaps und demoralisiert schließlich die ganze Gesellschaft.

Die stürmische Expansion der modernen Wirtschaft in den letzten 150 Jahren war mit einer beispiellosen Hebung der materiellen Wohlfahrt der Menschen verbunden. An Hand von Statistiken läßt sich nachweisen, daß die Entfaltung der Wirtschaft nicht nur den „Oberen Zehntausend“, sondern allen sozialen Schichten, vor allem auch den Arbeitern und Angestellten, zugute gekommen ist. In den Vereinigten Staaten z. B. hat sich von 1860 bis 1920 der Anteil der Bezieher niedriger Einkommen (3.000 bis 4.000 \$ jährlich, Kaufkraft 1929) an der Gesamtbevölkerung um das Sechsfache und der Anteil der Bezieher mittlerer Einkommen (4.000 bis 10.000 \$) ungefähr um das Dreifache erhöht, während der Anteil der Spitzenverdiener (über 50.000 \$) auf ein Viertel gesunken ist. Durch die scharfe Steuerprogression werden die einzelnen Einkommen noch mehr um einen Mittelwert zusammengedrängt. Nicht nur die Zahl der ganz Armen und der ganz Reichen, sondern auch die Spanne zwischen den oberen und unteren Gruppen wird geringer. Diese Tendenz läßt sich in allen Ländern, soweit Statistiken vorhanden sind, nachweisen: überall

haben nicht zuletzt die breiten Schichten des Volkes aus einer Expansion der Wirtschaft Nutzen gezogen. Sozialer Fortschritt und höhere Realeinkommen sind den Arbeitern und Angestellten gewiß nicht in den Schoß gefallen. Arbeiterschaft und Gewerkschaften blicken auf einen mühevollen und opferreichen Weg zurück. Aber alle Bemühungen wären ohne Expansion der Wirtschaft vergeblich gewesen.

Welchen Vorsprung Österreich einzuholen hat, zeigt ein Vergleich des Lebensstandards mit anderen westeuropäischen Ländern. Obwohl das reale Volkseinkommen in Österreich von 1949 bis 1951 um rund 15% gestiegen ist (seit Kriegsende hat es sich ungefähr verdoppelt), rangierte Österreich im Jahre 1951 mit einem Volkseinkommen von 340 \$ pro Kopf der Bevölkerung weit hinter den meisten westeuropäischen Ländern. Es gibt Länder, in denen pro Kopf und Jahr mehr gespart wird, als ein Österreicher im Durchschnitt Einkommen hat. Man darf sich daher nicht wundern, daß gerade viele der tüchtigsten und entwicklungsfähigsten Menschen in unserem Lande ans Auswandern denken.

Hohe Beschäftigung und ständige Steigerung der Produktivität

Welche Möglichkeiten hat nun die österreichische Wirtschaftspolitik, das Sozialprodukt zu steigern? Grundsätzlich gibt es *zwei* Wege: der *eine* besteht darin, bisher nicht beschäftigte Arbeitskräfte und nicht ausgenützte sachliche Produktionsmittel in den Produktionsprozeß einzuschalten. Diesen Weg ist die deutsche Wirtschaft in den Jahren 1933 bis 1938 und die amerikanische Wirtschaft in den Jahren 1938 bis 1943, allerdings unter weit günstigeren Bedingungen, als sie in Österreich bestehen, gegangen. In beiden Ländern war es auf diese Weise möglich, in raschem Tempo aufzurüsten und gleichzeitig den Lebensstandard des Volkes zu heben.

Der *zweite* Weg zu einem höheren Sozialprodukt führt über eine Steigerung der Produktivität. Je weniger Arbeitskräfte und Arbeitsstunden zur Erzeugung eines bestimmten Gutes gebraucht werden, je billiger dieses dann verkauft wird, und je besser es gelingt, Richtung der Produktion und Qualität der Erzeugnisse und Dienstleistungen

der Nachfrage anzupassen, desto mehr und bessere Güter stehen zur Befriedigung der Bedürfnisse zur Verfügung.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Österreichs legt der Wirtschaftspolitik nahe, *beide* Wege der Steigerung des Sozialproduktes zu beschreiten. Die Sicherung einer möglichst hohen Beschäftigung scheint augenblicklich nicht nur aus ethischen und politischen, sondern auch aus ökonomischen Erwägungen die vordringlichere Aufgabe. Ich plädiere nicht für eine doktrinäre Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis, für eine extreme Voll- oder gar Überbeschäftigung. Unter Bedachtnahme auf die spezifischen wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich möchte ich nicht einmal so weit gehen wie Professor Dr. *B. G. Ohlin*, der hier vor zwei Monaten in einem Vortrag über „Währungsstabilität und Vollbeschäftigung“ eine Arbeitslosenrate von etwa 2% als optimal vertreten hat. Österreich dürfte aus verschiedenen Gründen in den nächsten Jahren noch nicht eine ähnlich hohe Beschäftigung erreichen können wie England oder die Schweiz, die in den Jahren 1950 bis 1952 ihr Arbeitskräftepotential durchschnittlich zu 98% und 99% ausschöpfen konnten.

Für uns würde es schon „hohe Beschäftigung“ bedeuten, wenn es gelänge, die Rate der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt auf 3 bis 4% zu drücken. Das Sozialprodukt würde sich damit freilich nicht viel ändern. Gelänge es, die Rate der Arbeitslosigkeit von 8% (1952) auf 4% zu vermindern, so würden ungefähr 80.000 Arbeitslose dauernd in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können. Das jährliche Sozialprodukt würde aber dadurch nur um rund 2 1/2% gesteigert. Diese aus einer verhältnismäßig optimalen Beschäftigung resultierende Erhöhung des Sozialproduktes wäre offenbar nicht ausreichend. Es gilt daher, die Voraussetzung für ein anhaltendes Steigen der Produktivität und für ein dauerhaftes Wachsen der Wirtschaft zu schaffen.

Im folgenden werden, zunächst unabhängig voneinander, die Möglichkeiten und Probleme einer aktiven Beschäftigungspolitik und einer auf dauerhafte Expansion zielenden Wirtschaftspolitik beleuchtet. Ich werde mich dabei auf einige *Hauptpunkte* beschränken und auf wirtschaftspolitische Lösungen im einzelnen nicht näher eingehen.

Hauptprobleme einer aktiven Beschäftigungspolitik

Erlauben Sie mir, bitte, bevor ich auf die konkrete österreichische Beschäftigungsproblematik eingehe, kurz das theoretische Modell der modernen Beschäftigungspolitik mit seinen bewußt vereinfachten Annahmen vorzuführen.

Das theoretische Modell der modernen Beschäftigungspolitik

Die moderne Beschäftigungspolitik beruht auf der These, daß stärkere, das saisonbedingte Ausmaß übersteigende Schwankungen von Produktion und Beschäftigung in der Hauptsache auf Veränderungen der gesamten (öffentlichen und privaten) Nachfrage nach Gütern und Leistungen zurückzuführen seien. Sie folgert daraus, die Wirtschaftspolitik habe durch geeignete Maßnahmen die gesamte kaufkräftige Nachfrage stets so hoch zu halten, daß die mit Hilfe der verfügbaren Produktivkräfte geschaffene Gesamtproduktion gekauft werden könne. Übersteigt die Gesamtnachfrage das Gesamtangebot zu den geltenden Preisen, so müsse der drohenden inflationistischen Entwicklung durch Beschränkung der Kaufkraft vorgebeugt werden. Hält die Nachfrage mit dem Angebot nicht Schritt, seien kaufkraftsteigernde Maßnahmen zu treffen. Das Instrumentarium der modernen Beschäftigungspolitik ist dabei vielfältig: ein Mehr oder Weniger an Steuern, eine bewußt auf Überschüsse oder Defizite zielende Budgetpolitik, Erhöhung oder Senkung der Bankrate, zusätzliche Kreditschöpfung oder Kreditrestriktion und noch andere Mittel, die je nach dem Verlauf der Konjunktur eingesetzt werden können. Dank einer solchen elastischen, der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßten Konjunkturpolitik sei es möglich, zwischen der Szylla der Inflation und der Charybdis der Deflation durchzusteuern und dauernd hohe Beschäftigung bei stabilen Währungsverhältnissen zu sichern.

Soweit die Theorie. Sie wäre in hohem Maße auf die Praxis anwendbar, wenn das schwierige Problem gemeistert werden könnte,

den Konjunkturverlauf und seine jeweilige Phase richtig zu diagnostizieren. In die rein ökonomischen Vorgänge spielen aber oft auch exogene politische Faktoren und unwägbar psychologische Reaktionen herein, die immer wieder den vermuteten Ablauf der Wirtschaft stören. Mit diesem Vorbehalte wollen wir das theoretische Modell der Beschäftigungspolitik mit der österreichischen Wirklichkeit konfrontieren.

Wichtige Bedingungen für den praktischen Erfolg

Die Arbeitslosenrate beträgt in Österreich gegenwärtig (auf den Jahresdurchschnitt 1952 bezogen) ungefähr 8%. In allen Zweigen, mit Ausnahme der Landwirtschaft, ist das Angebot an Arbeitskräften größer als die Nachfrage. Mit geringen Ausnahmen gibt es in allen Branchen überschüssige Produktionskapazitäten. Im ganzen scheinen demnach für eine aktive Beschäftigungspolitik günstige Voraussetzungen zu bestehen und es dürfte die Annahme erlaubt sein, durch eine vorsichtige Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage Produktion und Beschäftigung ohne Gefährdung der Währung steigern zu können. Genauer betrachtet ist aber der Spielraum für eine nichtinflationäre Kaufkraftsteigerung wahrscheinlich nicht übermäßig groß, wenn es der Wirtschaftspolitik nicht gelingt, bestimmte Probleme zu meistern, die in dem Maße akut werden, als Produktion und Beschäftigung steigen. Ich führe hier einige konkrete Beispiele an:

Verzicht auf Ausnützung wirtschaftlicher Machtstellungen

Die moderne Beschäftigungstheorie betrachtet wohl die Preise und Löhne nach unten hin für ziemlich unelastisch, geht jedoch von der Annahme aus, daß Preise und Löhne erst steigen, wenn die Nachfrage das Angebot übertrifft. Sie hat also wenigstens teilweise echte Konkurrenzmärkte im Auge. Diese Annahme trifft in Österreich selten zu. Bei uns besteht vielmehr eine starke Konzentration wirtschaftlicher Macht in schlagkräftigen Interessenvertretungen, amtlichen und

halbamtlichen Lenkungsbehörden und anderen marktbeherrschenden Organisationen, die unmittelbaren Einfluß auf die Höhe von Preisen und Löhnen besitzen.

Die Höhe des Getreidepreises z. B. hängt weniger von den Angebot- und Nachfragebedingungen auf dem Getreidemarkt, als vielmehr davon ab, welche Preisforderungen die Vertreter der Landwirtschaft auf politischer Ebene durchzusetzen vermögen. Über die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmen die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die gewerbliche Wirtschaft, vielfach durch Importbewirtschaftung vor ausländischer Konkurrenz geschützt, besitzt zahlreiche Möglichkeiten einer marktwidrigen Preispolitik.

Unter diesen Umständen hängen Preis- und Lohnstabilität nicht zuletzt davon ab, daß die maßgeblichen Interessenvertretungen und marktbeherrschenden Verbände freiwillig darauf verzichten, Preise und Löhne zu erhöhen, auch wenn sie dazu in der Lage wären. Solange der Absatz stagniert und die Arbeitslosigkeit relativ hoch ist, legt das eigene Interesse einen solchen Verzicht nahe. Sobald sich aber die Wirtschaft einem hohen Beschäftigungsstand nähert und entsprechend mehr Güter nachgefragt werden, fallen die Hemmungen weg. Dann wächst die Gefahr, daß sich einzelne Interessengruppen durch Preis- und Lohnforderungen einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu sichern versuchen. Damit aber kann eine Preis-Lohn-Spirale ausgelöst werden, *bevor noch ein hoher Beschäftigungsstand erreicht worden ist.*

Solange der Wettbewerb nicht oder nur sehr unzureichend funktioniert, ist eine aktive Beschäftigungspolitik mit einem hohen Risiko belastet bzw. nur dann erfolgversprechend, wenn die maßgeblichen Interessentengruppen die auf hohe Beschäftigung und Stabilität zielende Wirtschaftspolitik der Regierung nötigenfalls loyal durch freiwillige Preis- und Lohndisziplin unterstützen.

Ist diese Bereitschaft nicht vorhanden, dann gibt es unter der in Österreich unvollkommenen Konkurrenz keine konstruktive Lösung, dann wird eine stabile Währung nur auf Kosten der Beschäftigung und eine relativ hohe Beschäftigung nur um den Preis eines mehr oder minder starken inflatorischen Auftriebes erreicht werden können.

Umschichtung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur

Eine aktive Beschäftigungspolitik wird gegenwärtig auch durch die weitgehend erstarrte Struktur der Produktion und Beschäftigung erschwert. Der Spielraum für eine Ausweitung der Produktion ist gegenwärtig in den einzelnen Wirtschaftszweigen verschieden groß. Weitet man die Kaufkraft generell aus, so werden in einigen Zweigen bald Produktionsengpässe auftreten. Es würden hier Preise und Löhne steigen, während in anderen Bereichen noch beträchtliche Reserven an Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln verfügbar wären. Mehren sich die Engpässe, so besteht die Gefahr, daß die zunächst nur partiellen Preis-Lohn-Steigerungen auf die ganze Wirtschaft übergreifen und die an sich wünschenswerte Berichtigung des Preis-Lohn-Gefüges in eine allgemeine Preis-Lohn-Bewegung ausmündet.

Sobald sich die Engpässe häufen und eine Gefahr für die Währungsstabilität entsteht, muß die Wirtschaftspolitik, die zunächst durch eine legere Geldpolitik geförderte Expansion wieder etwas eindämmen und sich bemühen, die offensichtlich gewordenen strukturellen Schwächen der Wirtschaft zu beseitigen. Sie wird z. B. Kapital in die Engpaßbereiche lenken sowie Arbeitskräfte von Überschuß- in Mangelberufe umschichten. Dieser Umschichtungsprozeß wird sich um so rascher und reibungsloser vollziehen, je besser es gelingt, mit Hilfe von Counterpartmitteln und einer Reform des Geld- und Kapitalmarktes die Kapitalversorgung in den Engpaßbereichen zu erleichtern. Heute haben expansionsfähige Mittel- und Kleinbetriebe fast keine Möglichkeit, längerfristige Kredite zu erhal-

ten. Ebenso wird die regionale und berufliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte durch den Bau von Arbeiterwohnungen und durch Umschulungskurse erhöht werden müssen.

Mit dieser langfristigen Strukturpolitik kann vernünftigerweise erst dann begonnen werden, wenn durch eine aktive Preis- und Beschäftigungspolitik die Schwächen der Wirtschaftsstruktur bloßgelegt worden sind. Solange man nicht weiß, wo zusätzliche Arbeitskräfte gebraucht werden und welche Kapazitäten erweiterungsbedürftig sind, tappen alle strukturellen Reformversuche im Dunkeln.

Es ist daher nicht so, wie manchmal empfohlen wird, die „in die Tiefe“ wirkende Strukturpolitik soll die auf „Oberflächenwirkung“ bedachte Beschäftigungspolitik ersetzen, vielmehr hat die Strukturpolitik die Beschäftigungspolitik von einem bestimmten Augenblick an sinnvoll zu ergänzen.

Bedachtnahme auf die Zahlungsbilanz

Ein Engpaß besonderer Art ist bei einer aktiven Beschäftigungspolitik die Zahlungsbilanz. Die Belebung der heimischen Nachfrage steigert unvermeidlich auch die Nachfrage nach Importgütern. Die Industrie braucht mehr Rohstoffe und Kohle, die Landwirtschaft mehr Futter- und Düngemittel und die Konsumenten geben ihre zusätzlichen Einnahmen teilweise auch für ausländische Konsumgüter aus. Gleichzeitig besteht in einer florierenden Binnenwirtschaft auch die Neigung, weniger zu exportieren. Viele Betriebe bemühen sich nicht mehr um das schwierige und risikoreiche Auslandsgeschäft, wenn sich auch im Inlande lohnende Absatzmöglichkeiten bieten und die vorhandenen Produktionskapazitäten ohnehin ausgenützt werden können.

Gewiß kann die Wirtschaftspolitik einiges tun, um die mit einer Ausweitung von Produktion und Beschäftigung verbundene Belastung

der Zahlungsbilanz abzuschwächen. Sie kann Investitionen in exportwichtige Zweige lenken und dadurch die Exportfähigkeit steigern. Sie kann auch den zusätzlichen Importbedarf verringern, indem sie arbeitsintensive Investitionen fördert, bei denen möglichst ausschließlich inländische Rohstoffe und Vorprodukte verarbeitet werden. Da aber die Wirtschaftspolitik immer nur den *ersten* Einsatz zusätzlicher Kaufkraft, nicht aber ihre weitere Ausbreitung im volkswirtschaftlichen Kreislauf lenken kann, ist eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz doch nicht zu vermeiden.

Besonders die österreichische Zahlungsbilanz ist keineswegs so konsolidiert, daß ihre Verschlechterung bedenkenlos in Kauf genommen werden könnte. Die überraschend hohen Devisenüberschüsse im 2. Halbjahr 1952 waren überwiegend einer einmalig günstigen Konstellation zu verdanken. Die wenig befriedigenden Außenhandelsergebnisse in den ersten Monaten 1953 sowie der weitere Rückgang der Auslandshilfe lassen befürchten, daß die Wirtschaftspolitik selbst bei gedrücktem Beschäftigungsniveau Mühe haben wird, die Devisenbilanz im Gleichgewicht zu halten. Dazu wäre schon eine außergewöhnliche Belebung der Weltkonjunktur erforderlich. *Um Spielraum für eine aktive Beschäftigungspolitik zu gewinnen, sind daher besondere Anstrengungen zur Förderung des Exportes notwendig.*

Diese Überlegungen unterstreichen die wiederholte Feststellung des Herrn Finanzministers, das österreichische Beschäftigungsproblem sei nur vom Export her lösbar. Diese Worte sind, wie ich glaube, nicht in dem Sinne zu verstehen, daß die gegenwärtig überschüssigen Arbeitskräfte überwiegend oder auch nur zu einem größeren Bruchteil direkt in den Exportzweigen beschäftigt werden könnten. Eine kurze Überlegung klärt uns darüber auf. Im Jahre 1952 waren in Österreichs Industrie, Gewerbe und Forstwirtschaft insgesamt rund 130.000 Menschen für den Export tätig. Der Wert der Ausfuhr betrug im Monatsdurchschnitt 900 Mill. S. Wenn wir sehr optimistisch annehmen, der Export könnte um 20% gesteigert werden — er überschritte damit bedeutend die Milliardengrenze — und diese Erhöhung würde aus-

schließlich durch eine größere Zahl von Beschäftigten erreicht, würden nicht mehr als 26.000 Menschen *direkt* in der Exportwirtschaft beschäftigt werden. Tatsächlich wird die Zahl viel niedriger sein, da das gesteckte Exportziel wohl in erster Linie durch Steigerung der Produktivität (Senkung der Kosten und Preise) und weniger durch Mehrbeschäftigung erreichbar erscheint. Gewiß ist auch der *indirekte* Beschäftigungseffekt der Exportwirtschaft, vor allem in den heimischen Investitionsgüterindustrien, zu berücksichtigen. Im ganzen ist der Export aber doch für die Beschäftigungspolitik weniger wegen direkter Unterbringung von Arbeitslosen, als vielmehr als Devisenbringer zur Entlastung der Zahlungsbilanz wichtig.

Ohne Steigerung des Exportes würden schon in Kürze Zahlungsbilanzschwierigkeiten dazu zwingen, eine aktive Beschäftigungspolitik abzustoppen.

Ich kann in meinem Vortrage nicht auf die verschiedenen Möglichkeiten der Exportförderung eingehen. Vom Standpunkt einer aktiven Beschäftigungspolitik möchte ich jedoch einige Bemerkungen zur Frage einer Vereinheitlichung des Wechselkurses machen. Ich wage zu behaupten, daß auch die bestgemeinten und kostspieligsten Exportförderungsmaßnahmen Zahlungsbilanzschwierigkeiten nicht aus der Welt zu schaffen vermögen, solange man an einer künstlich überhöhten Kursparität festhält. *Den Ausgleich der Zahlungsbilanz wird man in diesem Falle mit relativ hoher Arbeitslosigkeit und Drosselung der wirtschaftlichen Aktivität bezahlen müssen.*

Entschließt man sich zu einer Rektifizierung des Wechselkurses — ich erörtere diesen Fall rein theoretisch — dann ist es *vom Standpunkt der Konjunkturpolitik keineswegs gleichgültig, ob man den Wechselkurs in einer Phase stagnierender Produktion, relativ hoher Arbeitslosigkeit, geringer Kauflust und sinkender Preise, oder in einem Augenblick ändert, in dem durch stärkere Kaufkraftinjektionen bereits ein allgemeiner Aufschwung hervorgerufen wurde und der relativ hohe Beschäftigungsstand wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.* Im ersten Falle wird der von einer Abwertung des Wechselkurses unvermeidlich

ausgehende Preisauftrieb im Inland durch retardierende Kräfte gehemmt; in einer annähernd vollbeschäftigten Wirtschaft dagegen, die nicht streng gebunden ist, werden die erhöhten Importpreise unvermeidlich auf die Letztverbraucher überwältigt und lösen damit fast zwangsläufig generelle Lohnerhöhungen aus. Dieser Preis-Lohn-Auftrieb würde noch durch die ausländische Nachfrage, die nach einer Abwertung relativ billiger einzukaufen vermag, verschärft werden, zumal da die Produktionsmöglichkeiten der heimischen Wirtschaft durch die vorangegangene Kaufkraftsteigerung im Inland bereits weitgehend ausgeschöpft wären. *Auf diese Weise würde der durch die Kursangleichung erkaufte Preis- und Kostenvorsprung gegenüber dem Auslande bald verlorengehen und das allgemeine Preis-Lohn-Niveau würde steigen, ohne daß das Ziel der Kursangleichung, nämlich die Entlastung der Zahlungsbilanz, erreicht worden wäre.*

Ich möchte es bei diesen wenigen Hauptproblemen einer aktiven Beschäftigungspolitik bewenden lassen und mich nunmehr der zweiten Säule einer expansiven Wirtschaftspolitik, der Steigerung der Produktivität, zuwenden. Auch hier muß ich mich auf einige Hauptpunkte beschränken.

Voraussetzungen für ein kontinuierliches Steigen der Produktivität

Sie werden vielleicht überrascht sein, daß ich die Sicherung einer hohen Beschäftigung und Produktion auch als eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine dauerhafte Steigerung der Produktivität betrachte.

Hoher Stand der Beschäftigung

Meine Auffassung widerspricht der weitverbreiteten Meinung, daß die in der österreichischen Wirtschaft schlummernden Produktivitätsreserven erst bei stockendem Absatz und sinkenden Gewinnen und vor allem erst dann mobilisiert werden können, wenn eine erkleckliche Zahl von Menschen arbeitslos ist und die Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz bangen.

Ich dagegen behaupte und möchte nachweisen, daß ein Zustand der Unterbeschäftigung aus ökonomischen und meta-ökonomischen Gründen ebenso produktivitätshemmend wirkt wie ein Zustand der Überbeschäftigung.

In einer unterbeschäftigten Wirtschaft, in der täglich die Entlassung droht, wird sich der *einzelne* Arbeiter, wenn er nur auf sich gestellt ist, wahrscheinlich besonders anstrengen, um seinen Arbeitsplatz zu behaupten. *Im ganzen* jedoch ist gerade in einer Wirtschaft mit relativ hoher Arbeitslosigkeit das soziale und politische Klima für eine Produktivitätssteigerung sehr ungünstig. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Unternehmer tragen dazu bei.

Die Gewerkschaften wehren sich in einer unterbeschäftigten Wirtschaft aus begreiflichen Gründen gegen die Einführung arbeitssparender Produktionsmethoden. Der Appell an die Solidarität aller von Arbeitslosigkeit Bedrohten wirkt überzeugender als die Versicherung, daß die Produktivitätssteigerung auf lange Sicht gesehen jedem einzelnen zugute kommt. Der Produktivitätsgedanke würde auch sehr diskreditiert werden, wenn er in der Öffentlichkeit mit der Freisetzung von Arbeitskräften identifiziert würde.

Aber auch für den modernen Unternehmer sind Arbeitskräfte nicht einfach nur Kostenfaktoren, sondern lebendige Menschen, für deren Wohl und Wehe er sich verantwortlich fühlt. Dieses Gemeinschaftsdenken und -fühlen ist vielleicht in Großstädten weniger häufig anzutreffen als in kleineren Gemeinden, wo oft die Bevölkerung eines ganzen Ortes direkt oder indirekt von einem oder einigen wenigen Betrieben lebt. Umfangreichere Entlassungen können hier den wirtschaftlichen Verfall der ganzen Gemeinde zur Folge haben.

Das wirtschaftliche Verhalten des Unternehmers wird aber oft auch durch politische Erwägungen beeinflusst. Er hat kein Interesse an einer Radikalisierung seiner Arbeiter, mit denen er zusammenleben muß. In Österreich hat er auch den begreiflichen Wunsch, Interventionen der Besatzungsmächte zu vermeiden. In den verstaatlichten Betrieben mögen Prestige Gründe und andere Rücksichten eine

Rolle spielen. Anderen Unternehmern mag die Unterstützung eines bestimmten wirtschaftspolitischen Kurses am Herzen liegen. Viele Unternehmer werden daher auch bei rückläufiger Produktion mehr Arbeitskräfte halten, als produktiv beschäftigt werden können. Das „Horten“ von Arbeitskräften ist also nicht nur ein Übel der überbeschäftigten Wirtschaft, sondern kommt, wenn auch aus ganz anderen Gründen, ebenso in einer unterbeschäftigten Wirtschaft vor, gleichsam als Tribut an die Furcht vor Radikalisierung und aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung.

Aber auch rein ökonomische Faktoren senken in einer unterbeschäftigten Wirtschaft die Produktivität. Bei rückgängiger Produktion steigen die Kosten pro Produktionseinheit, weil die Kosten des Verwaltungsapparates und die Abschreibungen für Baulichkeiten und Maschinen nicht kurzfristig der verminderten Produktion angepaßt werden können. Auch der Verbrauch an Kohle und elektrischer Energie kann in der Regel nicht mit der Einschränkung der Produktion Schritt halten. Schließlich gleicht sich der gesamte Transport- und Verteilungsapparat einer Volkswirtschaft erfahrungsgemäß nur sehr langsam dem verringerten Gütervolumen an, so daß auch hier ein relativ größerer Produktionsmitteleinsatz erfolgt und damit die Kosten pro Gütereinheit steigen. Absatz- und Liquiditätsschwierigkeiten zwingen zwar den Unternehmer zum Sparen. Notgedrungen spart er aber oft am falschen Orte. Ein vernünftiges Sparprogramm kostet Geld und braucht Zeit zum Reifen. Beides aber fehlt gerade in der Stagnation. Der Unternehmer muß kurzfristig seine Geldausgaben senken, ohne Rücksicht darauf, ob darunter seine zukünftigen Ertragschancen leiden.

Schließlich noch ein wirtschaftspolitisches Argument: Eine dauerhafte Steigerung der Produktivität in Österreich hängt — wie später noch eingehender begründet werden wird — weitgehend von der Eingliederung unserer Wirtschaft in einen gemeinsamen europäischen Markt ab. Sie wird aber nicht nur durch Überbeschäftigung, sondern auch durch Unterbeschäftigung beträchtlich erschwert. Im Zustand der Überbeschäftigung zwingt der konstante inflationistische Druck

zu Devisenbewirtschaftung und quantitativen Importrestriktionen. In einer unterbeschäftigten Wirtschaft ist eine echte Liberalisierung des Außenhandels kaum weniger schwierig, weil die maßgeblichen Interessengruppen einer freizügigen Importpolitik umso größeren Widerstand entgegensetzen, je schlechter der Absatz im Inlande ist.

Die Behauptung, daß ein hoher Beschäftigtenstand eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität ist, läßt sich nicht nur durch Argumente, wie ich versucht habe, sondern auch durch Zahlen stützen. Die Produktivität der österreichischen Industrie ist von 1951 auf 1952 durchschnittlich um 1,6% gestiegen. In einer Reihe von Branchen, wie in der Fahrzeug-, Magnesit-, Maschinen-, Nahrungsmittelindustrie, in den Eisen- und Metallhütten, im Bergbau und in der Tabakerzeugung ist die Produktivität bedeutend stärker (durchschnittlich um 9%) gestiegen, in anderen Zweigen dagegen ist die Produktivität zum Teil beträchtlich (durchschnittlich um 6%) gesunken. *Die Statistik bestätigt, daß die Produktivität ausnahmslos in jenen Zweigen gestiegen ist, in denen auch Produktion und Beschäftigung zunahmen, während sie ausnahmslos in jenen Industrien sank, in denen auch Produktion und Beschäftigung rückgängig waren.*

Ich gebe zu, daß die Statistik auch *short-run*-Einflüsse widerspiegeln dürfte. Verschiedene Betriebe mögen im Jahre 1952 noch Arbeitskräfte gehalten haben, die sie bei anhaltend schwacher Konjunktur freisetzen werden. Trotzdem bin ich der Meinung, daß *auch im long-run* die Produktivität einer unterbeschäftigten Wirtschaft aus triftigen Gründen niedriger ist als bei relativ hoher Beschäftigung. Erfahrungsgemäß ist in einer Krise die Investitionsrate, die den Produktivitätsfortschritt entscheidend bestimmt, sehr niedrig. In den Dreißigerjahren konnten längere Zeit hindurch nicht einmal Ersatzinvestitionen durchgeführt werden. In der Krise verschwinden technische Erfindungen und Verbesserungsvorschläge in der Schreibtischlade, sie werden gleichsam „gehörtet“, um bei günstigerer Konjunktur wieder hervorgeholt zu werden.

Im übrigen befinde ich mich mit meiner Auffassung in guter Gesellschaft. Auch Professor *Ohlin* hat darauf hingewiesen, daß nicht

nur in einer überbeschäftigten, sondern auch in einer unterbeschäftigten Wirtschaft Produktivitätsnachteile in Kauf genommen werden müssen.

Stabile Währung

Eine *zweite* unabdingbare Voraussetzung für eine dauerhafte Steigerung der Produktivität sind stabile Währungsverhältnisse. Auch der von mir hervorgehobene hohe Beschäftigtenstand fördert nur dann die Produktivität, wenn gleichzeitig der Geldwert stabil bleibt. *Eine Vollbeschäftigungspolitik auf Kosten der Währung würde alle produktivitätshemmenden Faktoren der Inflationsjahre wieder aufleben lassen.*

Ich kann hier nur Bekanntes wiederholen. Jeder weiß heute aus eigener Erfahrung, daß die Inflation auf die Dauer die *Kapitalbildung hemmt*, mögen in ihrem ersten Stadium auch die Unternehmergewinne relativ stärker als die übrigen Einkommen zunehmen und damit auch das gesamte volkswirtschaftliche Sparvolumen zunächst wachsen. Eine erhöhte Sparquote ist jedoch nur so lange gesichert, als die Lohn- und Gehaltsempfänger eine Verschlechterung ihrer Realeinkommen in Kauf nehmen. Sobald aber die Unselbständigen durch Lohnforderungen ihre Lebenshaltung mit Erfolg verteidigen, sinkt mit fortschreitender Inflation das Sparvolumen unter das bei stabilen Währungsverhältnissen erreichbare Niveau.

Schwerwiegender noch als die Beeinträchtigung der Kapitalbildung ist in der Inflation die *Fehlleitung von Kapital*. Da der Kapitalmarkt durch die Inflation lahmgelegt wird, fehlt eines der wichtigsten Instrumente, das verfügbare Geldkapital in jene Bereiche zu lenken, wo es den größten volkswirtschaftlichen Nutzen stiftet. Die Unternehmer investieren ihre Ersparnisse, ohne Rücksicht auf längerfristige Ertragschancen, ausschließlich in ihren eigenen Betrieben. Aber auch eine behördliche Lenkung der Investitionen, wie sie in Österreich teilweise mit ERP-Mitteln durch die Kreditlenkungscommission versucht wurde, kann Fehlleitungen nicht vermeiden, da die durch die inflationistische Entwicklung verzerrte Preis- und Nachfrage-

struktur vielfach Investitionen als vordringlich erscheinen läßt, die bei stabilen Währungsverhältnissen fehl am Platze sind.

Die Inflation zwingt weiters zu einer *behördlichen Kontrolle des Außenhandels*. Sie fördert damit eine wirtschaftliche Isolierung vom Ausland, die sich am wenigsten ein Kleinstaat leisten kann, der seine Produktivkräfte nur im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung rationell auszunutzen vermag.

Schließlich leidet die Produktivität in einer inflationistischen Entwicklung darunter, daß *weder ein Anreiz noch ein wirtschaftlicher Zwang besteht, rationell zu produzieren*. Das Horten von Ware ist mindestens ebenso rentabel wie das Produzieren, der Verteilungsapparat wird auf Kosten der Produktion übermäßig ausgeweitet, leistungsmäßig nicht begründete Verdienstmöglichkeiten verleiten zu übermäßigem Luxuskonsum.

Eingliederung in den europäischen Markt

Die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in einen einheitlichen europäischen Markt ist schlechthin die Kardinalforderung für eine gesunde Expansion unserer Wirtschaft.

Auf welchen Wegen diese Eingliederung schließlich erfolgen mag — über branchenweise Übereinkommen, regionale Zollunionen oder über eine fortschreitende Liberalisierung des Außenhandels — *das Ergebnis muß ein möglichst unbehinderter Austausch von Gütern, Leistungen, Kapital und Arbeitskräften innerhalb des gesamteuropäischen Gebietes sein.*

Kleine Länder wie Österreich scheinen unter der Beengtheit ihrer Wirtschaftsgebiete am meisten zu leiden. Tatsächlich gedeiht der Protektionismus, dem Schutzzölle nicht mehr genügen und der sich daher noch wirkungsvollerer Beschränkungen des Außenhandels bedient, besonders in der Treibhausluft kleiner Wirtschaftsräume. Nationale Bedürfnisse werden vorgeschützt, um die Märkte abzugrenzen und Konkurrenten auszuschalten.

In Österreich läßt die Enge des heimischen Marktes in vielen Wirtschaftszweigen für den Wettbewerb einer größeren Zahl von Konkurrenten nur geringen Spielraum. Aus ökonomischen Gründen ist hier oft nur für einen Betrieb oder nur für einige wenige Platz. *Unter diesen Bedingungen hat es wenig Sinn, über Monopolen, Oligopolen und Kartellen zu Gericht zu sitzen. Man müßte untersuchen, inwieweit die Beengtheit unseres Wirtschaftsgebietes das Ergebnis einer schon seit 1918 verfehlten Wirtschaftspolitik ist.* Es gibt eine Reihe kleiner Volkswirtschaften — die Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland sind einige Beispiele —, die sich trotz der Enge ihres heimischen Marktes durch sinnvolle Arbeitsteilung und Spezialisierung auf hochwertige Qualitätserzeugnisse weltweite Märkte erobert haben und dabei reich wurden. Wenn wir diese Dinge aber nehmen, wie sie nun einmal sind, *dann gibt es für Österreich keinen anderen zielführenden Weg, die Konsumenten vor Auswüchsen und Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung zu schützen als die Liberalisierung des Außenhandels.*

Die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in einen europäischen Markt wirft eine Reihe ernster Probleme auf. Wenn Inflation und Protektionismus, Devisenzwangswirtschaft und nationale Autarkiepolitik Kriterien und zugleich Ursachen der wirtschaftlichen Desintegration Europas sind, dann hat die österreichische Wirtschaftspolitik, bis vor ungefähr einem Jahre, wenn auch ungewollt, gegen die europäische Integration schwer gesündigt. *Erst mit der Stabilisierung des Geldwertes reifen langsam die Voraussetzungen für eine echte Liberalisierung des Außenhandels und für die Durchsetzung des Wettbewerbsprinzipes.* Natürlich geht das nicht von heute auf morgen. Die in der Enge des heimischen Marktes gewachsene Struktur der österreichischen Wirtschaft kann nur in einem längeren Prozesse den Angebots- und Nachfragebedingungen des europäischen Marktes angepaßt werden. Vielfach werden Übergangslösungen erforderlich sein. Auch die Liberalisierung des Außenhandels wird angesichts der Labilität unserer Zahlungsbilanz und des relativ bescheidenen Vorrates an Gold und Devisen nur schrittweise möglich sein.

Aber gerade deshalb sollten wir keinen Tag verlieren. Die österreichische Eisen- und Stahlindustrie wird in große Schwierigkeiten geraten,

wenn es ihr nicht gelingt, sich mit den Mitgliedern der Montan-Union zu verständigen. Man täusche sich nicht, die Schwierigkeiten einer Eingliederung in einen europäischen Markt werden in Zukunft nicht kleiner, sondern eher größer werden, *weil die laufende, auf den heimischen Markt zugeschnittene Investitionstätigkeit die österreichische Wirtschaftsstruktur immer mehr von einer unter europäischen Gesichtspunkten optimalen Struktur entfernt.* Diese Desintegration läßt sich auch dadurch nicht vermeiden, daß im Rahmen des ERP-Investitionsprogrammes nur Projekte genehmigt werden, von denen man glaubt, daß sie auch in einem größeren Wirtschaftsraum lebensfähig wären.

Solange durch quantitative Importrestriktionen und multiple Wechselkurse die Preis- und Kostentruktur verzerrt ist, können weder Unternehmer noch Lenkungsbehörden einwandfrei erkennen, auf welchen Gebieten Österreich international wettbewerbsfähig ist und welche Investitionen in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet voraussichtlich Fehlinvestitionen sein werden.

Selbst wenn sich die europäischen Staaten, die es mit der Liberalisierung ernst meinen, zunächst noch mit den quantitativen Importrestriktionen Österreichs abfinden wollten, unser Land zöge aus dieser Politik nur kurzfristige Vorteile. Auf die Dauer führt eine Absperrung von Importen unvermeidlich dazu, daß das heimische Preis- und Kostenniveau den Kontakt mit den Weltmärkten verliert. Unsere Exportindustrien verlören infolge zu teurer oder qualitativ nicht entsprechender Vorprodukte mehr und mehr ihre Konkurrenzfähigkeit. Österreichs Wirtschaft stünde damit, nach erfolgreicher Stabilisierung, nicht vor einer gesunden Expansion, sondern am Beginne eines verhängnisvollen Schrumpfungprozesses. •

Der Erfolg einer aktiven Beschäftigungspolitik und die Bemühungen um ein kontinuierliches Steigen der Produktivität stehen daher in engstem Zusammenhang mit einer echten Liberalisierung und Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in den europäischen Markt.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte

Die *Monatsberichte* (die seit April 1947 wieder regelmäßig monatlich erscheinen) vermitteln ein anschauliches Bild der Lage und der Hauptprobleme der österreichischen sowie der internationalen Wirtschaft auf dem Gebiete der Währung, des Geld- und Kapitalmarktes, des Staatshaushaltes, der Preise, der Lebenshaltungskosten und Löhne, der Ernährung, der Landwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Industrieproduktion, der Umsätze, der Arbeitslage, des Verkehrs und des Außenhandels.

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 1 *Die wirtschaftliche Lage Englands. Juni 1947.*
- Nr. 2 *Das Kraftfahrwesen Österreichs im Jahre 1947. August 1947.*
- Nr. 3 *Die wirtschaftliche Lage Ungarns. November 1947.*
- Nr. 4 *Die Ernährungsbilanz Österreichs im Wirtschaftsjahre 1946/47. Dezember 1947.*
- Nr. 5 *Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft. Jänner 1948.*
- Nr. 6 *Das Außenhandelsvolumen Österreichs im Jahre 1947. Februar 1948.*
- Nr. 7 *Das österreichische Preissystem und seine Veränderungen nach dem Währungsschutzgesetz. April 1948.*
- Nr. 8 *Die österreichische Lohnpolitik seit Kriegsende. März 1949.*
- Nr. 9 *Der Index der österreichischen Industrieproduktion. November 1949.*
- Nr. 10 *Der Preisindex für Bauleistungen. April 1950.*
- Nr. 11 *Beschäftigung und Produktivität im österreichischen Bergbau von 1913 bis 1950. Juli 1950.*
- Nr. 12 *Ertragssteigerung der österreichischen Landwirtschaft durch intensivere Verwendung von Handelsdünger. August 1950.*
- Nr. 13 *Österreichs Beschäftigungsstruktur in den Jahren 1938, 1948 und 1950. Jänner 1951.*
- Nr. 14 *Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951.*
- Nr. 15 *Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951.*
- Nr. 16 *Österreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes. September 1951.*
- Nr. 17 *Lohnkosten und Wettbewerbslage. Juli 1952.*
- Nr. 18 *Die Krise in der österreichischen Textilindustrie. November 1952.*

Sonderhefte

- Nr. 1 *Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung. 1945. (Vergriffen.)*
- Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft. März 1946.*
- Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung. November 1946.*
- Nr. 4 *Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen. Mai 1947.*
- Nr. 5 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947. April 1948.*
- Nr. 6 *Die Produktivität der österreichischen Industrie. Mai 1949.*
- Nr. 7 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1948 und 1949. September 1950.*
- Nr. 8 *Die österreichische Papierindustrie. März 1951.*

Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“

- Dr. Franz Nemschak: *Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik. Februar 1947.*
- Dr. Rolf Grünwald: *Zur Methodik der Wirtschaftsplanung. April 1947.*
- Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft. Oktober 1948.*
- Dr. Franz Nemschak: *Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept. Dezember 1951.*
- Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. November 1952.
- Dr. Franz Nemschak: *Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion. April 1953.*